

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement Preis palmnumerando
Bierteljährlich 3,50 M., monatlich 1,20 M.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Annoncen-
zeile oder deren Raum 60 Pfg. für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Berathungsbüros 80 Pfg.

W o r t s

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Telegraphischer Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Montag, den 8. Mai 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Telegraphischer Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Kriegsprobleme und
Gewerkschaften.

Der Krieg stellte die Gewerkschaften vor schwere Auf-
gaben. Die Beendigung des Krieges wird sie vor noch
schwerere stellen.

Ist es auf der einen Seite wichtig und wertvoll, die
Kriegsmaßnahmen der Gewerkschaften ins rechte Licht zu
rücken, sie hier in ihrer Notwendigkeit zu begründen, dort
ihre Unzulänglichkeit, notwendig oder nicht, darzutun, dann
vor allem auch ihre Wirkung auf die einzelnen Gewerkschafter,
auf die ganze Bewegung und auf die Gestaltung der wirt-
schaftlichen Verhältnisse zu untersuchen, — so ist es auf der
anderen Seite erst recht von Bedeutung, beiseiten die Pro-
bleme und Aufgaben, die den Gewerkschaften nach dem Kriege
erwachsen werden, klar zu umreißen und auf die vorbereiten-
den Maßnahmen zu verweisen, die sich daraus ergeben
müssen.

Zwischen beidem besteht zweifellos ein Zusammenhang:
Die Wirkungen, die der Krieg zeitigt, werden naturgemäß
nach dem Kriege nachwirken; und das, was man von der Zu-
kunft erwartet, wird Haltung und Betätigung der Gewerk-
schaften während des Krieges zu beeinflussen haben.

Die Aufmerksamkeit, die diesen Dingen aus den Kreisen
der Gewerkschaften zuteil wurde, hat sehr oft nicht befriedigen
können. Die Behandlung der gewerkschaftlichen Maßnahmen
während des Krieges beschränkte sich gemeinhin auf eine Auf-
zählung und Rechtfertigung. Die Untersuchung dessen, was
den Gewerkschaften nach dem Kriege an Aufgaben gestellt
sein wird, ließ vielfach Eindringlichkeit und feste Begründung
vermissen. An Stelle einwandfreier Forschung fand man
nur allzu oft mehr oder weniger subjektiv gefärbte Vermu-
tungen, eine von dem politischen Standpunkt des Schrei-
benden in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen beein-
flußte und gefärbte, nicht überzeugende Zukunftsmusik.

Um so mehr Beachtung verdient es, wenn daneben ein
ganz außerhalb der Gewerkschaften stehender, aber deshalb
nicht weniger mit ihrer Theorie und Praxis vertrauter
Kenner und Denker wie Adolf Braun wiederholt das
Wort ergriff, um den Wirkungen des Krieges auf die Ge-
werkschaften tieferdurchdringende Untersuchungen zu widmen.

Welche Bedeutung sie besitzen, wieviel sie an Beachtens-
wertem zutage fördern, das erkennt man erst recht, wenn
man jetzt ihre Zusammenfassung betrachtet, die in dem Büch-
lein: „Gewerkschaften; Betrachtungen und
Ueberlegungen während des Weltkrieges“
(Leipziger Buchdruckerei. Preis 1,50 M.) gegeben und jedem
zugänglich ist.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Er-
örterungen Brauns vielen unter den maßgebenden Männern
der Gewerkschaftsbewegung nicht immer sehr willkommen
sind, — verständlich immerhin, weil sie sich vielfach mit
den von den Gewerkschaften meist vertretenen Anschauungen
in Widerspruch stellen und in jedem Fall in ihren Ergeb-
nissen und Forderungen beträchtlich darüber hinausführen.
Sie haben eine im umgekehrten Verhältnis zu ihrem Werte
stehende Würdigung gefunden. Um so wichtiger ist es, auch
an dieser Stelle auf sie zu verweisen.

Das Brauns Untersuchungen auszeichnet, ist vor allem
die Tatsache, daß er wirtschaftlich fest verankert.
Er gibt sich keinen Illusionen hin, wie sie der Krieg so viel-
fältig gewekt hat, — als wären die alten Voraussetzungen
und Widerstände der Arbeiterbestrebungen durch den Krieg
und den „Burgfrieden“ andere geworden, oder als würde der
Krieg für unsere künftige wirtschaftliche Stellung und Ent-
wicklung ganz neue Grundlagen schaffen. Dem Utopismus,
der sich hier gerade in den Köpfen so vieler Gewerkschafter
breitmacht, tritt Braun ebenso überzeugend wie entschieden
entgegen. „Wer sich an die zähen und nur wegen des unerheb-
lichen Objekts oft nicht ganz verständlichen Kämpfe gegen die
harmoniedufligen Hirsch-Dunderdianer Gewerkschaften erinnert,
der wird es schwer begreifen, daß es heute in der Gewerkschaft
tätige Arbeiter gibt, die man politische Hirsch-Dunderdianer
nennen könnte und die alles zurückdrängen suchen, was die
Gegenständlichkeit gegen das Bürgertum und gegen den Kapi-
talismus zum Ausdruck bringen soll.“ (S. 47.)

Dabei verkennt Braun durchaus nicht die tiefeinschnei-
denden Wirkungen, die der Krieg für das wirtschaftliche Leben
und die gewerkschaftliche Betätigung mit sich gebracht hat und
weiterhin naturgemäß mit sich bringen muß. Sie richtig zu
erkennen und einzuschätzen, sie vorurteilsfrei und überzeugend
klarzulegen, ist ja eben der Hauptzweck seiner Untersuchungen.

Von großem Interesse und hohem Werte ist es schon,
wenn er die bisherigen Ergebnisse des Krieges in Beziehung
auf die Gewerkschaften würdigt, die Arbeitsgemeinschaften,
die Unterstützungsmaßnahmen der Verbände, die Berufs-
veränderungen, das Eindringen der Frauenarbeit, die Lohn-
gestaltungen wertet und vor allem, wenn er die Frage stellt,
wie der Krieg psychologisch auf die einzelnen Gewerkschafter
wirken dürfte. Klar treten hier wichtige Probleme heraus,
aber auch schon Resultate, die von den Gewerkschaften bei
ihrer weiteren Tätigkeit, nicht zum wenigsten auch der künf-
tigen Werbearbeit, wohl zu beachten sein werden. Dabei er-

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Am 7. d. M. Großes Hauptquartier, den 7. Mai
1916. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Westlich der Maas wurde die Gefechtsführung auch
gestern nicht zu Ende geführt. Besonders war die
Artillerie auf beiden Seiten sehr tätig. Westlich des
Klusses ist in der Frühe ein französischer Angriff in
Richtung des Schöftes Thiamont gescheitert.

An mehreren Stellen der übrigen Front wurden
feindliche Erkundungsabteilungen abgewiesen; eine
deutsche Patrouille brachte südlich von Lihons einige
Gefangene ein.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Russische Torpedoboote beschossen heute früh wir-
kungslos die Nordostküste von Kurland zwischen Rojen
und Markgrafen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Oberste Seeresleitung.

Kämpfe

zwischen See- und Luftstreitkräften.

Am 7. d. M. Berlin, den 7. Mai. (W. Z. B.) Vor
der flandrischen Küste wurde am 5. Mai nachmittags ein
feindliches Flugzeug im Luftgefecht unter Mitwirkung
eines unserer Torpedoboote abgeschossen. Hinzukommende
englische Streitkräfte verhinderten die Rettung der Zu-
gassen. Ferner erbeutete eines unserer Torpedoboote am
6. Mai vor der flandrischen Küste ein unbeschädigtes eng-
lisches Flugzeug und machte die beiden Offiziere zu Ge-
fangenen.

Westlich Horns Riff wurde am 5. Mai morgens das
englische Unterseeboot „E. 31“ durch Artillerie-
feuer eines unserer Schiffe zum Sinken gebracht.

Das Luftschiff L. 7 ist von einem Aufklärungs-
fluge nicht zurückgekehrt. Nach amtlicher Veröffentlichung
der englischen Admiralität ist es am 4. Mai in der Nord-
see durch englische Seestreitkräfte ver-
nichtet worden.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 7. Mai. (W. Z. B.) Amtlich wird verlautbart:
7. Mai 1916:

Russischer und italienischer Kriegsschauplatz.

Geringe Gefechtsfähigkeit, Lage unverändert.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Ruhe.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
v. Hofer, Feldmarschalleutnant.

hält auch ein Aufsatz, der zunächst den Rahmen des Buches
zu sprengen scheint, Rechtfertigung und Bedeutung, eine Kri-
tik der bisherigen Methoden der Arbeiterbildung mit ein-
drucksvollen Anregungen zu ihrer Aus- und teilweise auch
Umgestaltung im Hinblick auf den Zweck, die Arbeiter mehr
als bisher mit der Arbeiterbewegung zu verknüpfen und mit
ihren Theorien und Grundsätzen zu durchdringen.

Die künftige Politik der Gewerkschaften wird ihren
Charakter natürlich in erster Linie zu erhalten haben durch
die Neugestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse, der Braun
deshalb auch eingehende Darlegungen widmet. Neben der
allgemeinen Konjunktur wird ein wesentliches Moment sein
die Eingliederung der zahlreichen Kriegsbeschädigten, die —
in ihnen eine breite Schicht minderwertiger Arbeits-
kräfte mit verstärkter Abhängigkeit vom Unternehmertum
darstellen werden und leicht für gewerk-
schaftliche Aktionen eine schwere Gefahr werden
können. Eine Kriegsfolge, für die Gewerkschaften von
großer Tragweite, wird auch der Umstand sein, daß nach
dem Kriege fast gleichzeitig die während des Krieges immer
wieder auf kurze Fristen verlängerten Tarifverträge vieler
Organisationen ablaufen werden: Die fortbestehende Teuerung,
die Entwertung des Geldes, wird es den Gewerkschaften zur
Notwendigkeit machen, für den Abschluß der neuen Tarife
angemessen höhere Löhne zu fordern; andere wirtschaftliche
Erwägungen, von Braun überzeugend nachgewiesen, werden
andererseits die Unternehmer veranlassen, gerade umgekehrt
auf eine Herabdrückung der alten Löhne hinzuwirken; eine
Erkenntnis, die dadurch noch an Bedeutung gewinnt, daß die
Unternehmer schon heute, allem Burgfrieden zum Trost,
kräftig dabei sind, die Vorbereitungen für die künftigen
schweren Auseinandersetzungen zu treffen. Das sind einige
der Fragen, auf die Braun eingeht und deren Wesen er zu
eindränglicher Anschaulichkeit gestaltet.

Nicht weniger wichtig ist es — wiederum gerade gegen-
über dem, was so viele „Berufsgewerkschafter“ vertreten —

wenn der Verfasser den Nachweis der Notwendigkeit internatio-
naler Verbindung und gegenseitiger Förderung der Gewerk-
schaftsbewegung führt — einer Notwendigkeit, die auch kein
Krieg mit all seiner Verbitterung hüten und drüben aus der
Welt schaffen kann, weil sie herauswächst aus den sehr realen
Interessen der Arbeiterbewegung jedes einzelnen Landes;
wenn er mit knappen, aber prägnanten Strichen die Ver-
schiedenheit der Aufgaben und die dennoch gegebene Einheit
der Gewerkschaften und Partei zeichnet und das Interesse
der Gewerkschaften an einer einheitlichen Arbeiterbewegung
dort; wenn er die Gefahr einer Entfremdung zwischen den
Massen der Arbeiterschaft und den gewerkschaftlichen und
politischen Ausdrucksformen ihrer Bewegung, die Gefahr indi-
vidualistischer und anarchistischer Strömungen untersucht.
Auch wenn man hier und da einmal den Ausführungen
Brauns nicht völlig zustimmen kann, wird man ihm doch
wertvolle Anregungen zu danken haben. Vielleicht würde
überdies der Verfasser selbst manches, was er schon vor
Monaten niederschrieb, heute anders formuliert haben.

Im allgemeinen ist aber gerade bezeichnend an dem
Buche, daß auch das, was schon vor längerer Zeit, zum Teil
halb nach Kriegsausbruch seine Fassung fand, heute noch
aktuell und zutreffend erscheint, ja, daß manchem von dem
früher Gefagten die weitere Entwicklung nur neue Bestäti-
gungen gebracht hat — nicht der schlechteste Beweis für die
Gründlichkeit der Untersuchungen und die Richtigkeit der Be-
obachtungen.

„Aus der innigen Verknüpfung von Theorie und Praxis
kann die gewerkschaftliche wie die politische Arbeiterbewegung
überreiche, für viele ungeahnte Vorteile ziehen.“ sagt Braun
an einer Stelle des Buches. Zweifellos mit vollem Recht!
Wichtige theoretische Grundlagen sind nun hier gegeben. Man
kann nur wünschen, daß die gewerkschaftliche Praxis sie recht
fleißig benutzen möchte, zum besten einer gedeihlichen Arbeit
im Interesse der breiten Massen.

Die zweite Zimmerwalder Konferenz.

Wien, 6. Mai. (W. Z. B.) „Werner Tagwacht“ ver-
öffentlicht den Aufruf der zweiten internationalen
sozialistischen Zimmerwalder Konferenz an die
Völker, mit allen Mitteln für eine rasche Beendigung des Krieges
zu wirken. Unter den Organisationen, welche ihre Zustimmung
zur Zimmerwalder Aktion erteilt haben, werden erwähnt die sozial-
demokratischen Parteien Italiens, der Schweiz, Ru-
maniens, Rußlands, Portugals, Amerikas, Sin-
tlands, die gewerkschaftlichen sozialistischen
Parteien Frankreichs, die British Socialist
Party und Independent Labour Party Englands,
ferner gewisse Parteioorganisationen Litauens, Polens,
Schwedens, Norwegens, Dänemarks, Hollands und
der deutschen Sozialdemokratie. An der zweiten Kon-
ferenz nahmen teil aus Frankreich die Abgeordneten Orizon,
Blanc, Raffin, Dugens, aus Italien Brampolini,
Morgari, Rabigliani, Rufatti, Dugoni, aus
Deutschland Adolf Hoffmann, Gleißner und aus Serbien
Kajlerowitsch.

Deutschland und Amerika.

Ein Kommentar zur deutschen Note.

Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Berlin ge-
meldet: Die deutsche Antwortnote an Amerika
weist die Anklagen, die Amerika gegen unsere tapferen U-
Boote erhoben hat, als unrichtig zurück und behandelt im
übrigen den Streitfall mit Amerika wegen des U-Bootkrieges
von einer höheren Warte aus. Die Note betont das Be-
wußtsein unserer Stärke und drückt hiermit ebenso das Volkse-
mpfinden aus, wie mit dem Hinweis auf Deutschlands Be-
reitwilligkeit zu einem unteren nationalen Erfordernisse sicher-
stellenden Frieden, worüber von verantwortlicher Stelle im
Laufe der letzten Monate offen und vor aller Welt Er-
klärungen abgegeben worden sind. Zu Interpretations-
künften gibt die Note keine Gelegenheit. Sie spricht für sich
selbst. Nach reiflicher Erwägung aller in Frage kommenden
Umstände hat die deutsche Regierung sich zu einem großen,
bedeutenden Zugeständnis entschlossen. Nicht verkannt,
sondern offen und frei, wie zwei große Völker zueinander
sprechen, wenn es sich darum handelt, eine Periode des Miß-
trauens zu überwinden und für vertrauensvollere Beziehun-
gen den Weg zu bahnen. Die in der Note ausgesprochene
Erwartung, daß nun auch in den Augen der Regierung der
Vereinigten Staaten jedes Hindernis zur Verteidigung der
Freiheit der Meere beseitigt sei, steht mit früheren Erklärun-
gen der amerikanischen Staatsmänner im Einklang. Wenn
in vereinzelten Pressestimmen ausgeführt wurde, unser Zu-
geständnis sei an eine Bedingung geknüpft, so ist diese Auf-
fassung offensichtlich irrtümlich. Wir haben unser Zugeständ-
nis nicht erst in Aussicht gestellt, sondern durch die erforder-
liche Anweisung an die deutschen Seestreitkräfte sofort zur
Ausführung gebracht. Wir dürfen den guten Willen der
amerikanischen Regierung nicht in Frage stellen, mußten aber
auch an den Fall denken, daß ihre Schritte nicht dazu führen

folten, den Befehlen der Menschlichkeit bei allen kriegsführenden Nationen Geltung zu verschaffen. Deshalb ist am Schluß der Note gesagt, daß wir uns in diesem Falle einer neuen Situation gegenübersehen und uns die Freiheit unserer Entschlüsse vorbehalten würden.

Die Aufnahme der Note in Amerika.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus New York gemeldet:

Die Hauptwirkung der deutschen Antwortnote, die Freitag nachmittag veröffentlicht wurde, ist eine Spaltung der Kriegspartei. Einige Unversöhnliche, wie Globe, erklären, daß Wilson im Recht sei, wenn er die Beziehungen abbreche. Aber ein solches Vorgehen wird allgemein nicht als wahrscheinlich gehalten, da die Mehrheit der Ansicht ist, daß die Note in den Hauptpunkten ein Nachgeben bedeutet. „Evening Sun“ erklärt, Deutschland habe wesentliche Zugeständnisse angeboten. Einige Blätter sind der Ansicht, daß Deutschlands Verlangen, daß die andere kriegsführende Partei nunmehr zur Beobachtung des Völkerrechts angehalten werden soll, Wilson zu einer Aktion drängt. Ähnliche Kreise in Washington schweigen noch, aber die Tendenz der Presse und die öffentlichen Erörterungen über die deutsche Note können Wilson im Sinne der Annahme der Vorschläge Deutschlands beeinflussen.

Englische Stimmen.

Der „Rotterdamse Courant“ meldet aus London: „Daily News“ erzählt aus Washington vom 5. Mai, daß sowohl in den Kreisen des Kongresses als auch in den anderen Kreisen die deutsche Note allgemein als weisheitsreich und ungenügend verurteilt würde. Ein Mitglied des Repräsentantenhauses hat erklärt, die Note sei für den Gebrauch in Deutschland selbst berechnet gewesen und wenn Bernstorff nicht über die Instruktionen, die die Note kräftig stützten, verfüge, so würden sich die Deutschen bald in einen Krieg mit den Vereinigten Staaten verwickeln. „Daily Telegraph“ erzählt aus New York vom Freitag, daß der gefährdete Abbruch der diplomatischen Beziehungen nicht mehr lange zu verbüten sein werde, denn die Antwort Deutschlands habe Entrüstung und wütenden Ingrimm erweckt. Die „Times“ meldet, daß im Kongreß, der bereits mit einem Bruch rechne, große Aufregung herrsche. In die „Morning Post“ wird aus Washington telegraphiert, daß die Note, obwohl sie enttäuschend, nichtsdestoweniger mit Geduld aufgeführt sei und einem sofortigen Bruch zuvorkommen werde.

Die ganze englische Presse befaßt sich mit der deutschen Note und erregt sich in Prophezeiungen darüber, wie sie von der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten aufgenommen werden wird. Es herrscht die Auffassung vor, daß Deutschland neuerdings Zeit zu gewinnen trachte. Die „Times“ lenkt die Aufmerksamkeit auf das, was sie einen heimtückischen Versuch nennt, die Vereinigten Staaten in einen Zwist mit den Verbündeten zu verwickeln. „Daily News“ sagt im Leitartikel, es sei eine wichtige Tatsache, daß den bestimmten Forderungen der Vereinigten Staaten in allen Punkten vollständig ausgewichen wird, oder daß, wenn Zugeständnisse beobachtet werden, die infolge der Bedingungen, die an sie geknüpft sind, einer Abkehr gleichkommen.

Französische Meinungen.

In Erörterung der deutschen Antwort auf die amerikanische Note schreibt „Journal des Débats“: Die Antwort hat vor allem den Zweck, das deutsche Volk von dem guten Recht seiner Regierung zu überzeugen und die Verantwortung für einen Bruch in den Augen Deutschlands auf die Vereinigten Staaten und England zu schieben. Wie groß auch immer der Stolz und die Verbindung Bethmann Hollwegs und v. Jagows sein mögen, so ist doch schwer zu glauben, daß sie mit ihrer Note neue Verhandlungen zu erzielen hoffen. Präsident Wilson würde seine Meinung vollkommen ändern, wenn er dieses Schriftstück ernst nähme. Es handelt sich nicht mehr darum, die Art und Weise zu tadeln, in welcher Deutschland fortfahren könnte, Nichtkämpfer, Seelente, Reisende, Frauen, Kinder, Verwundete und Kranke zu töten und in Massen zu ertränken. Es handelt sich darum, ob die Vereinigten Staaten sich einfach an ihre Note vom 20. April halten oder ob sie vor der germanischen Anmaßung kapitulieren werden. Man kann Wilson nicht die Beleidigung zufügen, an seiner Erwidrerung zu zweifeln. „Le Temps“ stellt fest: Die deutsche Antwort macht den Eindruck einer schwerfälligen zusammengestoppelten Arbeit eines ver-

schlagenen Anwalts, in der man alle Beweisgründe wiederfinden wird, zu welcher der Reichskanzler schon in seinen vorhergehenden Verteidigungsschriften Zuflucht genommen hat. Das Blatt schließt: „Die Antwort Wilhelm's vermeidet es, auf Wilson's Weisungen zu antworten. Dieser erklärte, daß die Verwendung von Unterseebooten zur Zerstörung des feindlichen Handels völlig unvereinbar ist mit den Grundgesetzen der Menschlichkeit, den unantastbaren Rechten der Neutralen und den heiligen Privilegien der Nichtkämpfer. Im Namen der unantastbaren Rechte der Neutralen hielt er Deutschland dazu an, bei Strafe des Bruches mit Amerika, auf seine Handlungsweise zu verzichten. Der Deutsche Kaiser hat nur Ausflüchte und hinkende Kompromisse gefunden, um eine Waffe nicht aufzugeben, die er mit seinem Volke für die einzig wirksame in dem Kampfe gegen Großbritannien hält.“

„Petit Parisien“, „Gaulois“ und der „Matin“ sehen in der Note einen Verzicht Deutschlands, den Unterseebootkrieg mit der vollkommen gerechtfertigten englischen Blockade zusammenzubringen. — „Matin“ schreibt: Amerika muß beurteilen, ob Deutschland wirklich Konzessionen machen kann oder nicht. Es ist anzunehmen, daß Wilson sich nach den gehaltenen Besprechungen bereit erklärt, den Weg zu weiteren Verhandlungen einzuschlagen. Das ist auch die allgemeine Ansicht der Presse. — „Petit Parisien“ fügt noch hinzu: Selbst wenn Amerika die Vorforderungen anerkennt trotz der unangenehmen und dieselbst unmöglichen Antwort und trotz der Zustände, die daraus hervorgehen, würde der Konflikt morgen wiederum von neuem durch einen unvermeidlichen Vorfall entstehen.

In der „Humanité“ lenkt Renaudel die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß Deutschland Amerika zu große Nachgiebigkeit hinsichtlich Englands und der Lieferungen von Kriegsmaterial an die Alliierten vorwirft. Deutschland weist auf diese beiden Dinge hin, um den unfreundlichen Ton der Note zu erklären, selbst auf die Gefahr hin, die Tragweite der Konzessionen in nicht geringem Maße zu schwächen.

Berner Tagwacht.

schreibt zur deutschen Note: Es ist höchst unwahrscheinlich, daß die deutsche Antwort die Regierung Wilsons befriedigen wird, und die Bedingungen, woran Deutschland seine Zugeständnisse knüpft, Erfüllung finden. Die wenig verhüllte Form, in der die Note Amerika vorwirft, daß es seit langem für England offiziell und inoffiziell Partei genommen, seine Neutralitätspflichten also gröblichst verletzt habe, ist kaum angetan, die Regierung Wilsons für die deutschen Bedingungen günstiger zu stimmen. Der recht energische, selbstbewußte Ton der deutschen Note, sowie die ausdrückliche Bemerkung, daß dies ihr äußerstes Zugeständnis sei, läßt denn auch schließen, daß man in Deutschland nicht gewillt ist, vor Nordamerika weiter zurückzweichen, vielmehr allen Ernstes mit der Möglichkeit einer sogar Wahrscheinlichkeit eines völligen Bruches zwischen den beiden Staaten rechnet.

Der amerikanische Votschaffer über die Note.

Ein Mitarbeiter der „National-Zeitung“ hat eine Unterredung mit dem amerikanischen Votschaffer in Berlin, Herrn Gerard, gehabt, in der dieser erklärte, er hoffe, daß der Friede zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten aufrechterhalten wird. Zugleich hat er festzustellen, daß er in dieser Krise und in allen vorhergehenden Krisen den äußersten Wert darauf gelegt habe, die Mißverständnisse zwischen Deutschland und Amerika aus dem Wege zu räumen. Er habe nie den Krieg zwischen Deutschland und Amerika gewollt und werde ihn nie wollen. Die Beschuldigung, er sei ein Feind der Deutschen, sei grundlos; nie habe er etwas getan, was diesen Vorwurf rechtfertigen könnte. Dann vermahnte sich Herr Gerard noch gegen die persönlichen Berührungspunkte, die in letzter Zeit gegen ihn Verbreitung gefunden haben.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 7. Mai. (B. L. B.) Amtlicher Bericht vom Sonnabend nachmittag: In der Gegend von Cassigny führten wir auf die deutschen Gräben bei Cerval einen Handstreich aus, infolgedessen wir Gefangene machen und dem Feinde Verluste zufügen konnten. In der Champagne beschädigte in der Gegend von Somme-Bh unser Artilleriefeu-

eine deutsche Batterie, die ihr Feuer einstellen mußte. In den Argonnen ließ uns gestern Abend ein Handstreich auf einen kleinen Vorsprung der feindlichen Linie östlich von Vinarville in die deutschen Gräben eindringen. Wir nahmen Gefangene mit und erbeuteten zwei Maschinengewehre. Westlich der Raas hielt das feindliche Bombardement mit großkalibrigen Geschossen und mit Granaten, die erstickende Gase enthielten, gestern und in der Nacht an und erreichte eine unerhörte Heftigkeit in dem Abschnitt der Höhe 304, wo wir einen Teil unserer Gräben auf den Nordabhängen räumten, die vollständig durch das Feuer der deutschen Artillerie zerstört und unhalbar geworden waren. Unsere Batterien antworteten nicht minder kräftig und hielten das Vordringen des Feindes völlig auf. Ein im Laufe der Nacht auf das Gehölz westlich und nördlich der Höhe 304 gerichteter deutscher Angriff wurde mit dem Bajonett zurückgeschlagen. Es bestätigte sich, daß der vorgezogene unsere Stellungen nördlich der Höhe 304 ausgeführte feindliche Angriff von einer frischen Division unternommen wurde, die vernichtende Verluste erlitt. Schwaches, anhaltendes Bombardement auf unsere Linie Toter Mann—Cumières. Westlich der Raas starke Artillerietätigkeit in der Gegend von Raas.

Paris, 7. Mai. (B. L. B.) Amtlicher Bericht vom 6. Mai abends:

Im Laufe des Tages ist die Beschäftigung westlich der Raas, hauptsächlich in der Gegend der Höhe 304 und der Zugänge zur Straße Haucourt—Esnès weiterhin sehr lebhaft gewesen. Kein Infanteriekampf. Auf der übrigen Front zeitweilig ausgehender Artilleriekampf.

Belgischer Bericht: Die lebhafteste Artillerietätigkeit der letzten Tage hat nachgelassen. Heute beiderseits schwache Tätigkeit in der Gegend von Namocappelle und Dismude.

Der Bericht der russischen Heeresleitung.

Petersburg, 7. Mai. (B. L. B.) Amtlicher Bericht vom 6. Mai.

Westfront: In der Dunafront richteten die Deutschen ein heftiges Artilleriefeuer gegen die Befestigungen von Uezfüll und die Stellungen östlich von Friedriksbad. Feindliche Flieger warfen an einigen Stellen der Front Bomben ab. Zwischen Jasobstadt und Dünaburg verursachte unsere Artillerie durch einen Treffer beim Feinde das Auffliegen von Munition. Südöstlich vom Rebus-See nahmen wir nach einem Handstreich einen feindlichen Graben westnordwestlich von Kraschin (drei Kilometer) gingen die Deutschen am 4. Mai nach dreistündiger Artillerievorbereitung mit stärkeren Kräften gegen das Dorf Dubrowa zum Angriff vor. Unsere Truppen schienen zum Gegenangriff an und zwangen die Deutschen zur Flucht; diese ließen Tote und Verwundete und eine Menge Waffen und Munition zurück, wir machten Gefangene. Nordöstlich von Gjartorohd griff eine Aufklärungsabteilung von uns eine feindliche Feldwache mit dem Bajonett an und machte Gefangene. Südlich vom Bahnhof Olysa (13 Kilometer) zwangen unsere Aufklärer den Feind, den Wald östlich vom Dorfe Stawiszje zu verlassen. In der Gegend von Murawka griff ein unserer Flugzeuge zwei feindliche Apparate an. Nach halbstündigem Kampfe mußte ein feindlicher Flieger in den feindlichen Linien landen, der andere verschwand.

Kaukasus: In der Richtung Erzgingjan wiesen wir einen türkischen Angriff ab, der unter dem Schutze der Artillerie vorgetragen wurde. In der Richtung auf Bagdad warfen unsere Truppen die Türken nach Rakham auf den Stellungen bei Ser-malkerind (südlich Aerdin), machten die Verteidiger mit dem Bajonett nieder und besetzten die Stellung.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 7. Mai. (B. L. B.) Amtlicher Bericht vom Sonnabend: Heftige Artillerietätigkeit und Gefechte von Infanterieabteilungen auf den Abhängen des Rizzolo (im Judicarien-tal), im oberen Astico und auf der Vorwolata. Der Gegner erlitt überall empfindliche Verluste. In Karinth warf der Feind einige Geschosse mittleren Kalibers auf den bewohnten Ort Paluzza im obern Puttale, verursachte aber nur leichten Schaden. Im übrigen

Eine Verhandlung vor dem englischen Militär-Berufungs-Tribunal.

Die englische Regierung ist während des Krieges allmählich zu einer starken Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten übergegangen. Die Presse darf, obwohl ihr die stärkste Kritik an den Regierungsmassnahmen nach wie vor unbenommen ist, aber bestimmte Angelegenheiten — so über geheime Verleumdungsbehauptungen, über die sie früher kurz berichtete — nicht bringen. Während der Arbeiterunruhen am Clyde wurden ihr offizielle Nachrichten übermittelt, und die Arbeiterblätter, die eigene wahrheitsgetreue Berichte über die Verhandlungen mit Lloyd George brachten, wurden zeitweise verboten. Jetzt ist über alle Nachrichten aus Irland strenge Zensur verhängt und man ist infolgedessen nicht in der Lage, den Umfang der irischen Unruhen festzustellen.

Nicht nur die Freiheit der Presse wurde beschnitten, auch das öffentliche Gerichtsverfahren wurde eingeschränkt, und alle diese Maßnahmen wurden im demokratischen England sehr peinlich empfunden. Auch die auf der Seite der Regierung stehenden liberalen Zeitungen und Zeitschriften rügten diese Methoden aufs schärfste.

Heftige Kritik wurde an den Entscheidungen der Militärtribunale geübt, denen das Dienstpflichtgesetz wenig feinsinnige Vorschriften gegeben hatte. Die so außerordentlich schwierige Behandlung der Leute mit Gewissensbedenken (conscientious objectors) wurde von dem Takt und der Loyalität der Tribunalsmitglieder abhängig gemacht. Sie mußte überall da zu Zusammenstößen führen, wo die Tribunale in der Mehrzahl aus Männern zusammengesetzt waren, die keinerlei Ausnahme von der Wehrpflicht gelten lassen wollten. Wegen die Entscheidungen der Tribunale können noch die Appellationstribunale angerufen werden, und es ist vielleicht nicht ohne Interesse, eine Verhandlung vor diesem Institut vollständig wiedergeben, um so einen Eindruck zu gewinnen, bis zu welchem Grade den Appellanten dort gestattet wird, ihre Ansichten vorzutragen. Die Verhandlungen, die wir im folgenden bringen, sind besonders deshalb interessant, weil hier als Appellierender der Vorsitzende der „Gesellschaft gegen die Dienstpflicht“ (No-conscription-Fellowship) Clifford Allen auftritt.

Die Verhandlung spielte sich nach dem „Labour Leader“ in der Guildhall wie folgt ab:

„Mr. Allens Sache wurde zuerst gehört. Die Guildhall ist ein zentralisiertes Gebäude, dessen Höhe vom Zentrum aus ansteigt. Im Mittelpunkt steht ein Tisch, an dem Mr. Allen allein sitzen mußte. Zu seiner Linken in der ersten Sitzreihe saß Major Rothschild, der militärische Vertreter, und er war sehr typisch für den Militarismus. Unmittelbar vor Herrn Allen sahen an einem erhöhten Tische fünf Mitglieder des Tribunals.“

Mit lauter, klarer Stimme las der Schreiber die Gründe von Mr. Allens Berufung. Er fügte hinzu, daß das Lokaltribunal nicht von den Gewissensbedenken des Applikanten überzeugt sei. Die Bedenken scheinen sich gegen den militärischen Dienst zu richten. Gefragt, ob er irgend etwas zu sagen habe, antwortete Mr. Allen mit ruhiger Würde — seine Stimmung blieb die gleiche während des ganzen Verhörs —: Da ich nun zum erstenmal die Gründe des

Lokaltribunals gehört habe, scheint es mir nicht, daß sie irgend einen Grund gegen mein Verlangen haben. Da es anerkannt worden ist, daß ich ein Bedenken gegen militärischen Dienst habe, und da ich ein gleiches Bedenken gegen jeden Dienst habe, der unter das Dienstpflichtgesetz fällt, scheint es mir, daß ich das Lokaltribunal überzeugt habe.

Der Vorsitzende: Sie bringen Bedenken vor, aber Sie haben sie nicht überzeugt, daß Sie Gewissensbedenken haben.

Ein anderes Mitglied des Tribunals: Wir alle sind gegen militärischen Dienst.

Mr. Allen: Wenn alle, die dagegen sind, sich weigerten, am Kriege teilzunehmen, würde kein Krieg sein.

Mitglied des Tribunals: Ja, wenn jede Nation dasselbe dächte.

Mr. Allen: Eine Widerheit muß beginnen, die Nationen zu überzeugen.

Mitglied des Tribunals: Sie sagen, es ist gleichbedeutend mit Nord. nicht wahr?

Mr. Allen: Für mich ist es Nord.

Mitglied des Tribunals: Nehmen wir den Fall an, daß ein Mann in diesem Gerichtshof einen anderen angriffe mit der Absicht, ihn zu morden. Was würden Sie tun?

Mr. Allen: Ich würde alles was möglich ist tun, um ihn zu hindern. Ich würde alles was ich könnte tun, um die beiden Männer zu trennen; darüber hinaus könnte ich nicht gehen. Ich würde ihn nicht selbst morden.

Mitglied des Tribunals: Aber angenommen, er würde nun Sie selbst angreifen?

Mr. Allen: Ich würde alles tun, ihn zu entwaschen.

Mitglied des Tribunals: Aber angenommen, er würde versuchen, Sie zu erwürgen, würden Sie versuchen, ihn zu würgen?

Mr. Allen: Nein, Herr. Ich wollte lieber selbst erwürgt sein, als daß ich ihn erwürge.

Der Vorsitzende (zum Militärvertreter): Haben Sie irgendwelche Fragen zu stellen, Herr Major?

Major Rothschild: Nun, Sir, ich bedaure dieses Tribunal bitten zu müssen, die Entscheidung des Lokaltribunals aufrecht zu erhalten, da es mir scheint, daß dieser Mann keine religiösen Gewissensbedenken gegen das Töten hat, welches der einzige Grund ist, den das Gesetz vorsieht. Alles was dieser Mann bejagt, ist ein Bedenken gegen Kriegsführen als Ganzes, und wenn er logisch wäre, würde er helfen, diesen Krieg zu beenden.

Mr. Allen: Der Militärvertreter stellt fest, daß ich nur aus religiösen Gründen Einwand erheben kann. Ich bin sicher, das Tribunal wird zugeben, daß das nicht der einzige im Gesetz vorgesehene Grund ist.

Vorsitzender: Nein, Sie sind hier aus Gewissensgründen.

Mr. Allen: Der zweite Punkt, den der Militärvertreter behauptete, war, soweit er sehe, beträfe mein Einwand nicht nur den militärischen Dienst. Das ist vollkommen richtig. Mein Bedenken geht gegen Kriegsführen: deshalb verlange ich vollständige Befreiung. Der Militärvertreter fuhr fort, indem er sagte, ich müsse wünschen, den Krieg zu beenden. Das ist genau das, was ich wünsche. Ich wünsche es zu tun, indem ich sofortige Friedensverhandlungen verlange, um das Schlachten zu beenden.

Der Vorsitzende: Darauf können wir uns nicht gut einlassen. Die Mitglieder des Tribunals berieten hierauf.

Nach dem Austausch der Meinungen sagte der Vorsitzende, es sei einstimmig entschieden worden, Befreiung zu bewilligen unter der Bedingung, daß der Applikant in einer Arbeit von nationaler Wichtigkeit beschäftigt sei.

Mr. Allen: Die einzige Arbeit von nationaler Bedeutung, zu der ich mich verpflichten kann, ist die Arbeit für den Frieden.

Vorsitzender: Ja, gut, gewiß, das geht aber unsern Rahmen hinaus.

Major Rothschild: Wenn er nicht, sagen wir innerhalb eines Monats, eine Arbeit von nationaler Wichtigkeit übernimmt, werden die Militärbehörden eine Revision des Befreiungszertifikats verlangen, das Sie im Begriff sind, auszustellen.

Erstes Mitglied des Tribunals: Nach dem Gesetz können wir nicht einen Monat festlegen.

Major Rothschild: Ich werde sehen, daß er einen Monat erhält.

Der Schreiber: Ausnahme bewilligt unter der Bedingung, daß der Appellierende in Arbeit von nationaler Bedeutung beschäftigt ist.

Stimme aus der Versammlung: Gut, alter Allen! (Einige Hochrufe, aber ein allgemeines Flüstern „Ruhe“ — es war der Wunsch, nicht die Sache der Conscientious Objectors zu präjudizieren, die nun folgen sollten.)

Eine andere Stimme: Ich möchte Sie zu fragen, Major Rothschild, in welcher Arbeit von nationaler Bedeutung Sie vor dem Kriege beschäftigt waren.

Keine Antwort wurde gegeben.

Außerhalb der Halle erwartete eine große Menge Mr. Allen und begrüßte ihn begeistert, als er die Halle verließ.

Bilder aus der irischen Insurrektion.

Dem vom 20. April datierten Bericht des Korrespondenten der „Daily News“ über die Kämpfe in Dublin entnehmen wir folgende Einzelheiten.

Die militärischen Operationen werden mit äußerster Energie geleitet. Furchtbare artilleristische Vorbereitungen sind getroffen worden und wenn das Ende kommt, wird es schnell sein. Die Vorkehrungen sind derart, daß sie das Schicksal jedes Rebellen bestimmen, der sich innerhalb des fahleren Ringes befindet, der sich langsam um das Herz der unglücklichen Stadt sammelt. Die Gefechte von Haus zu Haus hatten für die beteiligten Truppen einen besonders schweren und gefährlichen Charakter, aber sie haben unter den schwierigsten physischen und moralischen Bedingungen mit glänzender Ausdauer gekämpft. Von Gasbomben wurde ausgiebiger Gebrauch gemacht — die übliche Methode, ein Haus zu nehmen, besteht darin, einen Angriff mit Stickgasen zu machen und dann mit dem Bajonett zu stürmen. — Die in ein Haus eingedrungenen Truppen finden oft, daß der Keller mit dem des Nachbarhauses verbunden ist, wohin sich die Rebellen zurückgezogen haben. Oder auch, daß die Rebellen, während die Soldaten vorn eindringen, das Haus von hinten verlassen haben, um sich unter die mehr oder weniger feindlichen Bewohner des Nachbarbezirks zu mischen. Dies ist darum verhältnismäßig leicht, weil wohl ein Teil der Aufständischen noch immer die Uniform der „Gardes“ — einen graugrünen Anzug und einen solchen Hut mit grüner Feder —

beschossen unsere Batterien Manthen im Gailtale. In der Gegend von Pittsch unternahm der Feind mit beträchtlichen Kräften wiederholt Angriffe auf unsere Stellungen auf den Gulla. Er wurde jedesmal fast auf der ganzen angegriffenen Front zurückgeschlagen, es glückte ihm aber, sich auf dem rechten Flügel in einem unserer Gräben zu behaupten. Wir nahmen dem Feinde 43 Gefangene, darunter einen Offizier, ab. In der Gegend von Götz sah man ein von unseren Artilleriegeschützen getroffenes feindliches Flugzeug hinter den Bänken des Feindes in der Umgebung der Stadt niederfallen.

Bericht des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 6. Mai. (W. L. B.) Das Hauptquartier teilt mit:

An der Front nichts Neues. An der Kaukasusfront wurden im Tchoruk-Abchnitt 300 feindliche Infanteristen, die einen überraschenden Angriff versucht hatten, mit Verlusten zurückgeschlagen. Auf den übrigen Abschnitten dieser Front nichts Wichtiges.

Eine der Bomben, die am 3. Mai von zwei feindlichen Smyrna überfliegenden Flugzeugen abgeworfen wurden, traf einen Güterzug und verletzte drei Personen leicht. Am 3. Mai wurde ein feindliches Flugzeug, das Dir es Sebah überflog, nördlich dieses Ortes abgeschossen und der Pilot gefangen genommen. Er versprach den zu seiner Hilfe herbeieilenden Beduinen Geld, falls sie seine Flucht erleichterten.

Zum Untergang des L 7.

London, 5. Mai. (W. L. B.) Die Admiralität teilt mit: Ein Zeppelinluftschiff ist von einem unserer leichten Kreuzergeschwader in der Nähe der schleswigschen Küste zerstört worden.

Die Admiralität teilt ferner mit: Die Schiffe, die gestern das Zeppelinluftschiff (L 7) vernichteten, sind die Kreuzer „Galatea“ und „Phaeton“. Das Zeppelinluftschiff war offenbar auf einer Erkundungsfahrt begriffen, als es durch das Geschützfeuer dieser beiden Fahrzeuge zerstört wurde.

Gegen 2 1/2 Uhr Freitag morgen näherte sich ein Zeppelinluftschiff Saloniki. Als es über dem Hafen kreuzte, wurde es von der britischen Flotte heftig beschossen und getroffen, so daß es, in Flammen gehüllt, in der Nähe der Mündung des Karadereflusses herabsank.

Am 5. Mai. (W. L. B.) Ein hier eingetroffener Fischdampfer berichtet, er sei gestern früh um 11 Uhr Zeuge eines Kampfes zwischen einem Geschwader von 21 Kriegsschiffen mit einem Zeppelin auf 55 Grad 30 Minuten nördlicher Breite und 7 Grad 2 Minuten östlicher Länge, 8 Meilen westlich des Dornreiß-Feuerschiffes gewesen. Der Zeppelin habe das Geschwader angegriffen, das sofort auseinanderging. Zwei Kriegsschiffe seien in der Nähe gesunken. Das Luftschiff habe zwei Schüsse aus dem hinteren Teil des Schiffes abgegeben, aber anscheinend ohne Erfolg. Sodann habe eins der Kriegsschiffe dreimal auf den Zeppelin gefeuert, der sich zurückgezogen habe. Er sei aufgeblieben und anscheinend nicht getroffen worden. Aber 10 Minuten nach Passieren des Fischdampfers erfolgte eine gewaltige Explosion. Das Luftschiff sei in das Meer abgestürzt. Der Fischdampfer habe versucht, sich dem sinkenden Schiffe zu nähern, die englischen Schiffe hätten es aber nicht gestattet.

Zusammenstoß mit einem Torpedoboot.

Amsterdam, 6. Mai. (W. L. B.) Das „Handelsblad“ meldet aus Amsterdams, daß dort der Dampftrawler Gaanstraam II mit beschädigtem Vordersteil angekommen ist. Er hatte einen Zusammenstoß mit einem deutschen Torpedoboot.

Die Kämpfe in Ostafrika.

Paris, 7. Mai. (W. L. B.) Die Agence Havas verbreitet folgende amtliche Mitteilung aus Kapstadt: Ein Telegramm aus Lourenco Marques meldet: Der Kommandant des portugies-

trägt, die bei weitem größere Zahl nur eine grüne Sinn-Heiner-Arm-schleife trägt, die im Falle der Verfolgung leicht abgestreift und weggenommen werden kann.

Die Aufständischen kämpfen gleich Männern, die wissen, daß ihre Sache verzweifelt steht. Frauen leisten ihnen Hilfe — man sagt, daß manch eine die Pistole handhabt — und zwei sind festgenommen worden, die die Schürzentaschen voll Patronen hatten. Sportgewehre und Jagdflinten sind beim Feinde häufig in Gebrauch. Ich sah eine bei einem Manne gefundene Patrone, die offenbar zu einem Strohjagdgewehr gehört hatte und für einen Elefanten ausgereicht hätte. Dumdums und kleine Kaliber sind recht verbreitet.

Ich kann nun über die ersten Operationen einige Details hinzufügen. Die große Zwickbadfabrik von Jacob wurde nicht nur geplündert, sondern niedergebrannt. Dies ist bezeichnend für den engen Verband der Sinn-Heiner mit den Karziniten, die einen alten Groll gegen dieses Unternehmen hatten. Ein anderes bedeutendes gewerbliches Gebäude ist die Getreidemühle von Roland.

Es ist ein interessanter Beitrag zur Charakteristik des Isländers, daß die Rebellen, obwohl sie den Besitz in unmittelbarer Nähe der großen Brauerei von Guinnes am Ufer des Liffes besetzt hielten, keinen Versuch machten, den Platz zu nehmen. Der Geist einer ziemlich strengen Disziplin unter den Aufständischen ist unverkennbar. Die Leute erzählen, daß während des irischen Transportarbeiterstreiks Guinnes' Brauerei den gleichen Schutz genoss und die Verfuhr ihres Erzeugnisses gesichert blieb, während jeder andere Verkehr stillgelegt war. Gleichzeitig aber wurden von den militärischen Leitern die zahlreichen starken Kraftwagen der Brauerei requiriert und für den Transport von Truppen und Munition verwendet.

Die irische Revolutionszeitung.

Die „Daily News“ geben die erste Seite der von den Dubliner Aufständischen herausgegebenen Revolutionszeitung „Irish War News“ („Irische Kriegsnachrichten“) wieder. Sie bietet folgenden Inhalt:

Erster Jahrgang. Nr. 1. Ein Vermögen. Dublin, Dienstag, 25. April 1916. Nach Redaktionschluss eingelaufen: Die irische Republik.

Die „Irischen Kriegsnachrichten“ erscheinen heute aus Anlaß eines wichtigen Ereignisses:

Am Ostermontag, 24. April, um 12 Uhr mittags, ist die irische Republik proklamiert worden. Gleichzeitig mit der Ausgabe der Proklamation der provisorischen Regierung hat die Dubliner Division der Armee der Republik, die Bürgerarmee, die Hibernian Rifles und andere Truppen beherrschende Punkte der Stadt besetzt. Das Postamt wurde um 12 Uhr genommen, das Schloß zu gleicher Zeit angegriffen und kurz darauf die „vier Höfe“ besetzt. Die irischen Truppen haben die City Hall in ihrem Besitz und dominieren das Schloß. Die republikanischen Streitkräfte kämpfen mit glänzender Tapferkeit. Die Bevölkerung von Dublin steht durchwegs auf Seiten der Republik und Offiziere und Soldaten werden überall auf den Straßen, durch die sie marschieren, mit Hochrufen begrüßt. Das ganze Zentrum der Stadt ist in den Händen der Republik, deren Fahne von der Hauptpost weht.

Generalmajor R. S. Pearse ist Oberkommandant der Armee der Republik und Präsident der provisorischen Regierung.

fischen Expeditionskorps ist auf deutsche Infanterie gestossen, die mit fünf Maschinengewehren ausgerüstet war. Es folgte ein Kampf, der von Tagesanbruch bis 10 Uhr morgens dauerte. Die Deutschen zogen sich zurück und ließen einen Weihen und vier Eingeborene tot auf dem Platz. Die Verluste der Portugiesen sind: ein Eingeborener tot, vier verwundet.

Le Havre, 7. Mai. (W. L. B.) Bericht des belgischen Kolonialministeriums. Nach Befehle der feindlichen Truppen bei Tchangugu am 19. April zogen die belgischen Truppen ihren Vormarsch am Kivusee fort. Am 21. April lieferten sie der feindlichen Nachhut einen Kampf und zwangen sie zum Rückzug. Am 22. April besetzten sie den deutschen Posten Jahangi, der vom Feinde aufgegeben worden war.

Englands Einfuhr und Ausfuhr.

London, 6. Mai. (W. L. B.) Amtlich. (Meldung des Reuterischen Bureau.) Die Einfuhr im April betrug 75 635 362 Pfund Sterling, oder 2 046 780 mehr als im April 1915. Die Ausfuhr betrug 36 817 839 Pfund Sterling oder 4 648 106 mehr als im April 1915.

Textilarbeiterstreik in Frankreich.

Bern, 7. Mai. (W. L. B.) Der „Neuen Zürcher Zeitung“ zufolge sind die in den Webereien des Jura-Departements beschäftigten Arbeiter in den Ausstand getreten. — Man glaubt, daß heute oder morgen der Generalstreik erklärt werden wird.

Die Kundgebung der Seine-Gewerkschaften.

Am 30. April tagte, wie bereits kurz mitgeteilt, in Paris der Kongreß der „Union des Syndicats“ der Seine. 94 Organisationen waren durch etwa 275 Delegierte vertreten. Der erste Punkt der Tagesordnung, der allein verhandelt wurde, lautete: „Der 1. Mai und die gewerkschaftliche Organisation angeichts des Krieges (Galtung, Arbeiterfragen, die in den Friedensvertrag einzuschließen sind usw.).“

Die Verhandlungen waren geheim, ein offizieller Bericht für die Presse wurde herausgegeben. Nach der „Gazette“, die sich, wie sie mittel, streng an den offiziellen Bericht hält, haben 18 Redner das Wort ergriffen, am späten Abend wurde über die dem Kongreß vorliegenden Resolutionen — eine war von der Exekutivkommission der Vereinigung der Gewerkschaften, die andere von dem Verband der Böttcher eingebracht — abgestimmt. Die offizielle Resolution erhielt 48 Stimmen, die des Böttcherverbandes 24. Weder Text noch Inhalt der letzteren werden mitgeteilt. Die Resolution der Exekutivkommission hatte folgenden Wortlaut:

„Der Kongreß der Arbeiterinstitute, versammelt aus Anlaß des 1. Mai im Gewerkschaftshaus, ruft die von der Versammlung, organisiert durch die Vereinigung der Gewerkschaften der Seine (Union des Syndicats de la Seine), am 1. Mai 1915 beschlossene Tagesordnung ins Gedächtnis zurück, die folgendermaßen lautet: Die organisierten Arbeiter der Seine-Departements bekräftigen an diesem Tage der Arbeiterkundgebungen der ganzen Welt ihre unerschütterliche Zugehörigkeit zur proletarischen Internationale. Der gegenwärtige Krieg, der ihnen durch eine auf Erwerbungen und Herrschaft begierige Klasse trotz ihrer friedlichen Anstrengungen auferlegt wurde, läßt sie weder ihre Hoffnungen auf die menschliche Brüderlichkeit noch ihr Ideal der gesellschaftlichen Umwandlung aufgeben.“

(Folgt Resolutionsentwurf von 8 Zeilen.)

Dieser Krieg muß der letzte der Kriege sein, und er muß deshalb zum Ziel haben:

1. Die Unerschütterlichkeit der Unabhängigkeit der Völker;
2. die Unterdrückung jeder geheimen Diplomatie;
3. die Begrenzung der Rüstungen als Maßnahme, die die allgemeine Abrüstung vorbereiten soll;
4. die Einführung des obligatorischen Schiedsgerichts für alle Konflikte zwischen Nationen.

Ueber die gegenwärtigen Schreden hinweg richten sie an ihre mobilisierten Kameraden den Aufruf ihrer brüderlichen Gefühle, versichern ihnen, auf dem gewerkschaftlichen Gebiet eng zusammengeschlossen zu bleiben, um ihnen ihre Organisationen zu bewahren, ihre Klasseninteressen zu schützen.

Sie senden den Müttern, Witwen und Waisen ihrer toten Kameraden ihre Gefühle bewegter Teilnahme, ihnen versichernd, keine Anstrengung zu scheuen, daß sie die Kompensationen erhalten, die ihnen gesetzmäßig von der Regierung zuzuführen.

Sie drücken die Hoffnung aus, daß dieser Krieg bald sein Ende sieht, daß im Frieden das Recht über die brutale Gewalt triumphiert, damit die wieder versöhnten, auf immer in der Föderation der Vereinigten Staaten der Welt vereinigten Völker in einer Internationalen der Tat und der Ideen ihren Vormarsch wieder aufnehmen können im Sinne einer friedlichen und menschlichen Evolution.

Sie senden ihren brüderlichen Gruß den Proletariern der ganzen Welt und gehen auseinander mit dem Ruf: Es lebe der Syndikalismus! Es lebe die Arbeiterinternationale!

Indem er jeden Ausdruck dieser Tagesordnung bestätigt, nimmt der Kongreß zur Kenntnis und heißt es gut, die von der französischen C. G. T. gemachten Änderungen bezüglich der Verlegung des Sitzes des Sekretariats in ein neutrales Land, als das einzige Mittel, das eine ernsthafte und nützliche Wiederaufnahme der internationalen Gewerkschaftsbeziehungen erlaubt. Er fordert sie (die C. G. T.) auf, ihre bis jetzt vergeblichen Versuche bei den ausländischen Gewerkschaftszentralen bis zur Erreichung des gewünschten Resultats zu erneuern.

Der Kongreß heißt gleichermaßen die Zustimmung der französischen C. G. T. zu dem Vorschlag der amerikanischen Arbeitervereinigung gut, der auf die Abhaltung einer internationalen Gewerkschaftskonferenz hinführt, zur selben Zeit und am selben Ort wie die internationale diplomatische Konferenz, die beauftragt ist, die Friedensbedingungen zu prüfen und festzusetzen. Im Hinblick auf diese internationale Konferenz fordert der Kongreß die französische C. G. T. auf, in bestimmter Form die Arbeiterforderungen festzustellen, die sie in den Friedensvertrag aufnehmen sehen will. Diese Forderungen sollten vorher der Prüfung der internationalen gewerkschaftlichen Konferenz unterworfen sein, um schließlich im Namen der Arbeiterorganisation der ganzen Welt der Konferenz der Bevollmächtigten, die mit der Redaktion des Friedensvertrages beauftragt sind, überreicht zu werden.

Die Beratung der beiden anderen Punkte der Tagesordnung ist auf den 14. Mai vertagt worden.

„La Gazette“ betont ausdrücklich, daß dies der einzige offizielle Bericht sei. Was andere Blätter über den Kongreß geschrieben haben, sah sie nicht auf eigene Informationen, da die Presse nicht zugelassen gewesen sei.

Aufhebung der Verfassung in Portugal.

Lissabon, 6. Mai. (W. L. B.) (Meldung der Agence Havas.) Alle parlamentarischen Parteien billigten die Aufhebung der Verfassungsmäßigen Garantien für das ganze Gebiet der Republik gemäß dem Vorschlag der Regierung.

Die mexikanischen Wirren.

Washington, 8. Mai. (W. L. B.) (Amtliche Meldung.) Eine Abteilung nordamerikanischer Kavallerie hat eine

größere Anzahl Villafischer Banditen überrascht, von denen 42 getötet und viele verwundet wurden; die Amerikaner hatten keine Toten.

Politische Uebersicht.

Burgfriede zwischen Stresemann und Müller-Weinigen.

Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Stresemann hatte kürzlich auf dem Landesparteitage der bayerischen Nationalliberalen heftige Angriffe gegen den fortschrittlichen Reichstagsabgeordneten Dr. Müller-Weinigen gerichtet. Veranlassung dazu war ein Artikel Dr. Müllers-Weinigen gewesen, der die Haltung der Nationalliberalen in der U-Bootfrage abschällig beurteilt hatte. Nun haben die beiden feindlichen Brüder Erklärungen abgegeben, nach welchen der Konflikt als beigelegt anzusehen ist.

Müller-Weinigen erklärt u. a.: „Ich sehe nunmehr keinen Augenblick an, zu erklären, daß es mir nicht einfiel, die nationalliberale Partei als „katholische Exzentriker“ zu bezeichnen, wie dies Herr Stresemann annahm. ... Ich beabsichtige jedenfalls damit keinerlei Anweisung der Vaterlandsliebe der nationalliberalen Partei, mit der gute Beziehungen aufrechtzuerhalten ich wahrhaftig nicht nur mit Worten seit vielen Jahren bestrebt war. ... Damit hoffe ich, daß der Zwischenfall im Interesse der Aufrechterhaltung und Befestigung der guten Beziehungen zwischen den beiden liberalen Parteien und der gemeinsamen Arbeit im freihetlichen Sinne erledigt ist: Durchkämpfen bis zu einem freizeichen Frieden ist unser beiderseitiges Ziel!“

Stresemann nahm hierauf die Ausführungen einer Rede vom 30. April, die als Angriff gegen seine Person angesehen werden könnten, zurück. Er hofft, daß durch die Erlebigung dieser Angelegenheit die Bahn für eine vertrauensvolle gemeinsame Arbeit in allen Fragen des freihetlichen Aufbaues unseres Verfassungslebens und auf dem Gebiete der Kulturpolitik wieder frei ist, auf dem ein Zusammenleben der beiden liberalen Parteien nach wie vor geboten ist.

Einführung einer Kleiderkarte.

Wie die „Tägliche Rundschau“ hört, haben in den letzten Tagen in Düsseldorf Beratungen zwischen der Leitung der Reichs-Bekleidungsstelle und Vertretern der Textilverbände stattgefunden, die sich mit der Frage der Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit Textilstoffen für die Zukunft beschäftigten. Hierbei wurde die Mitteilung gemacht, daß demnächst eine Kleiderkarte zur Einführung gelangen soll, und zwar als Anweisung für die minderbemittelte Bevölkerung zum Bezug der notwendigen Bekleidungsstücke.

Ostdeutsche Zukunftsvorbereitungen.

In Königsberg ist ein „Institut für ostdeutsche Wirtschaft“ gegründet worden. Vorsitzender ist der Oberpräsident, die Leitung liegt in den Händen von fünf Professoren. Es ist beabsichtigt, an dem Institut Vertreter der Provinz, des Städteverbandes, der Landkreise, der Landwirtschaft, des Handels, der Industrie und des Handwerks zu beteiligen. Die erforderlichen Mittel sollen durch erhebliche einmalige Zuwendungen und durch jährliche Beiträge der Selbstverwaltungskörper der Provinz sichergestellt werden. Das neue Institut hat u. a. die Aufgabe, die wirtschaftlichen Zusammenhänge zu untersuchen, die aus der Angliederung der neuen Gebiete sich ergeben. Gemeinwesen zur Rechtfertigung der neuen Gründung wird von ostpreussischen Blättern geschrieben:

„Ostpreußen wird von einer Seite von der See begrenzt und im Osten und Süden bis jetzt von einer russischen Zollmauer. Es besteht für die Provinz, um nach dem Westen des Reiches zu kommen, nur ein schmaler Zugang nach der Provinz Westpreußen. Es ist damit zu rechnen, daß nach dem Kriege diese letzte Ursache des wirtschaftlichen Zurückbleibens sich ändert und daß die Grenze nach Osten hinausgeschoben wird und neue Gebiete der deutschen Volkswirtschaft dienstbar gemacht werden. Damit bietet sich die Gelegenheit, das ganze Wirtschaftsleben des Ostens zu heben. ... Wenn die Provinz Ostpreußen wegen der Nähe der feindlichen Grenze und wegen des wirtschaftspolitischen Abflusses von ihrem natürlichen Hinterlande ökonomisch zurückgeblieben ist, dann muß, sobald diese Grenzen fallen, alles aufgeboten werden, das Versäumte nachzuholen. Um diese Aufgabe zu lösen, ist das Institut für ostdeutsche Wirtschaft gegründet worden.“

Letzte Nachrichten.

Die Aufnahme der deutschen Note in Amerika.

Köln a. Rh., 7. Mai. (W. L. B.) Die „Kölnische Zeitung“ erhält aus Washington folgenden Fundspruch ihres Berichterstatters: Die deutsche Note, die hier am Mittag durch Extrablätter veröffentlicht wurde, löste eine gewaltige Spannung aus. Der allgemeine Eindruck ist der, daß es ein besonders würdiges Schriftstück, das geschicktest geschilderte seit Beginn des Krieges, sei. Selbst die Verbandsfreunde gestehen, daß Deutschland damit einen überlegenen Eindruck gemacht habe. Was die Wirkung betrifft, so ist die öffentliche Meinung geteilt, aber die weitem größte Mehrheit betrachtet sie als zufriedenstellend, in Erwägung, wie unmöglich es nun sei, die Beziehungen zuerst abzubrechen und daß damit eine schwer verdauliche Pille heruntergeschluckt werden müsse. Man glaubt aber, daß sie zunächst auf die Wirkung im deutschen Inlande berechnet ist, und den zweiten Teil hält man daher insoweit für ausweichend, als Bedingungen erwähnt seien und die Freiheit weiterer Entschlüsse vorbehalten werde. Indessen, die allgemeine Meinung ist doch, daß sie annehmbar ist. Die offiziellen Kreise werden völlig stumm bleiben, bis der amtliche Text der Note eintrifft.

Die „Kölnische Zeitung“ bemerkt dazu; daß die deutsche Note Bedingungen enthielte, ist eine hier und da auch in Deutschland und im Auslande verbreitete Auffassung, die unser Berliner Mitarbeiter bereits als irrig gekennzeichnet hat. Es kann sich schon deshalb nicht um eine Bedingung handeln, weil der Befehl an unsere Seestreitkräfte, den U-Bootkrieg fortan nach den Vorschriften für den Kreuzerkrieg zu führen, sofort erlassen worden ist. Dagegen spricht die Note die Erwartung aus, daß Amerika nun auch den Gesetzen der Menschlichkeit, die es auch England gegenüber vertreten hat, bei allen Kriegführenden Geltung verschaffe.

Beschlagnahme französische Zeitungen.

Bern, 7. Mai. (W. L. B.) „Temps“ meldet, daß Genes „Victoire“ und die Zeitung „Radical“ auf Veranlassung der Militärbehörden auf vier Tage beschlagnahmt worden sind.

Aus Groß-Berlin.

Aus den Berliner Brotkommissionen.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

„Es ist schon des öfteren über die Brotkommissionen geschrieben worden, daß das Publikum von den Beamten nicht immer in der nötigen höflichen Art und Weise behandelt werde. Ich sehe mich veranlaßt, einiges aus eigener Erfahrung anzuführen. Es kommt vielfach vor, daß einzelne Personen Brotkarten verloren haben und für diese Ersatz beantragen. Nach der Verordnung des Magistrats soll nur dann Ersatz geleistet werden, wenn der Verlust einwandfrei festgestellt ist. Es ist hiermit schon viel Unfug getrieben worden. Bei dem Hin- und Herfragen kommt es öfters zu erregten Szenen, in denen viele Antragsteller sehr ausfallend gegen die Beamten werden, wenn ihnen nicht sofort aufs Wort geglaubt wird. Ebenso ist es bei Anträgen auf Ersatzbrotkarten. Die überschüssigen Zusatzkarten sind bekanntlich gleich nach der letzten Hauptausgabe vom Magistrat sämtlich eingezogen worden; eingehende Anträge werden jetzt vom Magistrat selbst erledigt. Mit diesem Bescheid will sich jedoch selten einer zufrieden geben; die Antragsteller geben ihrerseits der Meinung Ausdruck, daß nur die Böswilligkeit der Beamten schuld sei. Die meisten Mißheftigkeiten entstehen jedoch bei Ausgabe der Fleischkarten. Da bisher die meisten der Kommissionen nicht soviel Karten erhielten, als Bedürftige in ihrem Bezirk vorhanden sind, so will sich ein jeder eine solche sichern. Jeder will der erste sein, wodurch ein übermäßiger Andrang entsteht. Vom Magistrat ist den Beamten nahegelegt worden, bei Ausgabe der Fleischkarten recht vorsichtig zu sein, damit diese nicht der minderbemittelten Bevölkerung zugunsten der Wohlhabenden entzogen werden. Dazwischen die Grenze zu ziehen, ist das schwierigste. Es wird stets auf die Gegend ankommen, in der die Kommission liegt. Ist es eine Gegend mit einer überwiegend wohlhabenden Bevölkerung, so wird die Grenze nach Maßgabe der Steuerquittung stets in einem höheren Maße zu suchen sein, als in einer Gegend mit überwiegend Arbeiterbevölkerung. Da nun Beamte, hauptsächlich Post- und Gerichtssekretäre und Bankbeamte, aus den verschiedensten Gegenden nebeneinander tätig sind, so glaubt sich der eine benachteiligt, wenn der andere eine Karte erhalten hat. Mit dieser Kategorie von Beamten entstehen oft die unerquicklichsten Auseinandersetzungen, da dieselben in einer Gegend mit überwiegend Arbeiterbevölkerung schon zu den Wohlhabenden gerechnet werden müssen. Bei der letzten Ausgabe hat sich das schon etwas gemildert, weil einige Hundert Karten mehr zur Verfügung standen. Von den Hauswirten wäre ungefähr dasselbe zu sagen, da sich dieselben nach ihrer Aussage fast alle jetzt in einer Notlage befinden wollen. Es könnte mit der Fleischkartenausgabe eine Besserung herbeigeführt werden, wenn jedem, der schon eine Karte besitzen hat, eine weitere gesichert würde, während noch eine kleine Anzahl zur Verfügung stünde für solche Bedürftige, die noch keine erhalten hatten. Dann kommt es auch zu vielen Unstimmigkeiten mit den Urlaubern. Nach den Verordnungen des Magistrats dürfen keine Vutter- und Kartoffelkarten erhalten, wenn Urlauber nicht mindestens fünf Tage am Orte bleiben. Fleischkarten dürfen an Urlauber überhaupt nicht gegeben werden. Daß die Beamten verschiedenes zu hören bekommen, was wohl für die Ohren des Magistrats wenig geeignet wäre, ist wohl jedem klar. Es könnte in allen diesen Fällen eine größere Uebereinstimmung herbeigeführt werden, wenn das Publikum die Brotkommission nicht als denjenigen Ort betrachtet würde, wo es seinen Unwillen über die vermeintlich unzulänglichen Einrichtungen freien Lauf lassen kann. Wer den Beamten stets in höflicher Weise sein Anliegen vorbringt und, wenn sein Wunsch nicht erfüllt werden kann, sich belehren läßt, wird in allen Fällen auch ein höfliches Entgegenkommen finden. Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es auch wieder heraus.“

Wir haben diese Zuschrift aus dem Archive der in den Brotkommissionen tätigen Personen wiedergegeben, um einmal zu zeigen, wie die Dinge von jener Seite betrachtet sich ausnehmen. Wünschen möchten wir, daß es uns gestattet wäre, die aus der Beobachtung uns zugehenden Schilderungen der mit Brotkommissionen gemachten Erfahrungen ebenso uneingeschränkt zu veröffentlichen. Daß die obige Darstellung eben auch nur einseitig ist, wird gewiß der Einsender selber, der übrigens nur über Beobachtungen aus einer einzigen Kommission berichtet, ohne weiteres zugeben. Wir verkennen nicht die vielen Schwierigkeiten, mit denen die Brotkommissionen zu kämpfen haben, und selbstverständlich meinen auch wir, daß niemand ihnen ihre Arbeit durch erregte Auftritte noch mehr erschweren sollte. Erwarten muß man aber von den in den Brotkommissionen tätigen Herren und Damen, daß sie selber alles vermeiden, was fränkend und verlegend wirken könnte. In dieser Zeit, wo wir alle uns mit mancherlei Erschwernissen abfinden müssen, wo überdies so viele von uns durch Sorge, Kummer und Trauer bebrüht sind, ist bei den meisten die Empfindlichkeit gesteigert. Das Sprichwort von dem Wald, aus dem es so, wie man in ihn hineinruft, wieder herauschallt, muß auch den Brotkommissionen zur Beachtung empfohlen werden. Der Einsender spricht unter anderem davon, daß bei Anträgen auf Ersatz für verlorene Brotkarten viele Antragsteller, wenn ihnen der Verlust nicht sofort aufs Wort geglaubt wird, sehr ausfallend gegen die Beamten werden. In welcher Form manchmal den Antragstellern sofort ins Gesicht hinein gesagt wird, daß man den Verlust nicht glaubt, darüber hat vor einiger Zeit eine Ariergerfrau dem Magistrat in einer Beschwerde sehr sonderbare Mitteilungen gemacht. Uns ist nicht bekannt geworden, was der Magistrat auf die schweren Vorwürfe, die da erhoben wurden, geantwortet hat. Die Ansicht, daß die meisten Mißheftigkeiten wegen der Fleischkarten entstehen, scheint uns in den uns zugegangenen Klagen ihre Bestätigung zu finden. Wir sind der Meinung, daß es mit der Fleischkartenverteilung so, wie bisher, nicht weitergehen kann. Wünschenswert ist, daß nicht darauslos verteilt wird, bis der Vorrat erschöpft ist. Wir könnten Merkwürdiges davon erzählen, was für Leute manchmal bei diesem Verfahren zu einer Fleischkarte kommen. Man sollte den Mindestbemittelten, die es am nötigsten haben, ein Vorzugsrecht auf die Fleischkarten einräumen. Erst nach einer gewissen Zeit, innerhalb welcher die Bevorzugten sich zu melden und ihre Karten abzuholen hätten, dürften die übrigen Karten samt den etwa nicht abgeholt an andere Personen verteilt werden. Auch darüber, daß heurlaubten Soldaten keine besondere Fleischkarte gewährt wird, ist uns bereits ein Notschrei zugegangen. Gerade ihnen müßte man hier die weitestgehende Berücksichtigung wünschen. Warum soll

es nicht möglich sein, eine Anzahl Karten für Urlauber zur Verfügung zu halten? Zu den Osterfeiertagen hat sich in vielen Familien der begreifliche Wunsch geregt, dem auf Urlaub gekommenen Gatten und Vater ein Stück Fleisch auf-tischen zu können. Gätte sich da nicht bei etwas mehr Um-sicht rechtzeitig Vorkehrung treffen lassen, daß Fleischkarten für Urlauber auszugeben werden konnten? Einer dieser zu Diern beurlaubten Krieger, dem in Berlin die Fleischkarte verweigert wurde, äußert sich in einer Zuschrift an uns recht bitter.

Textilarbeiterfürsorge.

Der Magistrat hat den Stadtverordneten für die Sitzung am Donnerstag eine umfangreiche Vorlage unterbreitet, die Vorschläge enthält für die Einrichtung einer Fürsorge für ganz oder teilweise erwerbslos gewordene Textil-arbeiter oder -angestellte. In der Begründung führt der Magi-strat aus, daß durch die Beschlagsnahme der Rohstoffe die Zahl der in den Textilbetrieben beschäftigten Arbeitnehmer seit Anfang April bis auf die Hälfte herabgegangen ist und noch weiter herabgehen wird. Er hält daher den Zeitpunkt für gekommen, in dem diese Fürsorge dringend erforderlich er-scheint. Ueber die Verteilung der Kosten dieser Fürsorge bestehen bereits feste Bestimmungen. Danach bringt das Reich die Hälfte und der preussische Staat ein Drittel der Gesamtkosten auf, so daß die Gemeinden aus eigenen Mitteln noch ein Sechstel zuzusteuern müssen.

Es heißt dann in der Begründung weiter, daß der Magistrat, um eine möglichst einheitliche Regelung für Groß-Berlin zu er-reichen, sich mit den Vertretern der hauptsächlich in Betracht kom-menden Vorortgemeinden in Verbindung gesetzt und darauf die vom Regierungspräsidenten zugegangenen Vorschläge zum größten Teil in den Berliner Entwurf aufgenommen habe.

Aus diesem Entwurf ist hervorzuheben, daß die Textilarbeiter-fürsorge von der allgemeinen Arbeitslosenfürsorge getrennt wird und nur in den Fällen gewährt wird, die auf die behördlichen Kriegsmaßnahmen zurückzuführen sind. Die Arbeitnehmer sind jedoch verpflichtet, jede angebotene Arbeit, auch außerhalb des Be-rufs und Wohnortes, anzunehmen, sofern angemessener Lohn ge-zahlt wird.

Für die Bemessung der Unterstützung werden nach der Zahl der ausfallenden Lohnstunden folgende Sätze zugrunde gelegt:

für Arbeitnehmer:		für die Stunde:	
im Alter von 14—16 Jahren	9 Pf.
„ „ „ 16—21 „	männlich	17	„
„ „ „	weiblich	13	„
„ „ „ über 21 Jahre	männlich	25	„
„ „ „	weiblich	20	„

Verheiratete Arbeitnehmer unter 21 Jahren werden solchen über 21 Jahren gleichgestellt mit der Maßgabe, daß, wenn der Ehe-mann voll beschäftigt ist oder Erwerbslosenunterstützung erhält, für die Ehefrau nur der Satz für Ledige berechnet wird. Als Zuschlag für jedes Kind unter 14 Jahren werden für die Stunde 5 Pf. bezahlt. Die Arbeitswoche wird gleichmäßig zu 80 Stunden gerechnet. Nebenverdienst wird auf die Unterstützungsbeiträge voll angerechnet. Unterstützungen aus der Kriegs- und Arbeitslosen-fürsorge werden zur Hälfte berücksichtigt. Dagegen bleiben Unterstützungen aus privaten Mitteln unberücksichtigt. Voraussetzung für die Unterstützung ist, daß die Anspruchhabenden am 1. Oktober 1915 mindestens drei Monate in der Textilindustrie beschäftigt waren. Die Fürsorge tritt für alle Erwerbslosen mit dem 1. Juni in Kraft. Berech-nungs- und Zahlungsstellen für die Unterstützungen sind die Betriebe der Arbeitgeber, auch für die nach dem 1. Februar erwerbslos Gewordenen, für die vor dem 1. Februar erwerbslos Gewordenen die Stadtgemeinde. Die Auszahlung der Unterstützungen durch die Arbeitgeber erfolgt wöchentlich bei der Lohnzahlung.

Schau vor Nachtrost. Die Zentralstelle für den Ge-müsebau im Kleingarten schreibt uns: Das ungewöhnlich warme Aprilwetter hat manchen Gartenfreund verlockt, Aussaaten und Pflanzungen früher vorzunehmen, als dies in Rücksicht auf die

nach zu erwartenden Frostnächte ratsam war. Es gilt jetzt der da-durch geschaffenen Gefahr zu begegnen. Solange am Tage die jeztige sommerliche Wärme herrscht, ist in den Nächten keine Frost-temperatur zu erwarten, oft aber tritt in dieser Jahreszeit eine plötzliche Abkühlung ein, die es ermöglicht, daß die Temperatur während der Nacht unter Null Grad sinkt, wodurch erhebliche Schä-digungen der Kulturpflanzen verursacht werden können. Besonders gefährdet sind: die Blüte der Obstbäume und Erdbeeren sowie die Frühkartoffeln und vorzeitig gepflanzte oder gesäte Bohnen, Gurken und Tomaten. Ueber niedrige Obstbäume kann man Geste von leichten Stoffen wie Packlein machen, selbst dicke Gardinen schütten. Wo solche Schutzdecken nicht anwendbar sind, da mache man einige Stunden vor Sonnenaufgang zwischen den Bäumen schmelzende Feuer, indem man auf brennende Holzschette Gras und nasses Laub oder Stroh legt. Solange die Wärme von den Rauch-wolken eingehüllt werden, ist eine Frostbeschädigung nicht zu be-fürchten. Blühende Erdbeerpflanzen werden am besten mit Stielen-reißig, Papier oder oben erwähnten leichten Stoffen überdeckt. Das-selbe gilt von Kartoffeln, Gurken, Bohnen und Tomaten, es muß nur durch Umgeben der letztgenannten Pflanzen mit kleinen Stä-ben verhindert werden, daß durch die Last der Schutzbede die Pflanzen abbrechen. Frühkartoffeln können außerdem bei Eintritt kälterer Witterung so stark angehäufelt werden, daß nur die äußersten Blatt-spitzen noch eben heraussehen. Die gefährlichsten Zeiten sind erfah-rungsgemäß die Nächte vom 12. bis 15. Mai.

Schwerer Straßenunfall.

Ein schwerer Zusammenstoß ereignete sich Sonntag Abend an der Ecke der Anhalter- und Königgräber Straße. Dort fuhr ein in der Richtung Potsdamer Bahnhof fahrender Straßenbahnwagen der Linie 1 so hart mit einem Omnibus der Linie 10, der in die Anhalterstraße einbiegen wollte, zusammen, daß der Omnibus fast vollständig zerstört wurde. Mehrere Personen wurden bei dem Un-fall schwer verletzt.

Auf dem Rutschboden vom Herzschlage getroffen.

Am Sonnabend wurden plötzlich die Pferde eines Arrestantien-wagens der Schöneberg-Wilmersdorfer Polizei scheu und stürzten in wilder Fahrt auf den Wartburgplatz los. Passanten, die den Pferden in die Fügel fielen, bemerkten zu ihrem Schrecken, daß der Kräußer regungslos auf dem Pöde lag. Bei näherer Unter-suchung wurde festgestellt, daß der Mann tot war. Er ist auf der Fahrt einem Herzschlage erlegen.

Aus aller Welt.

Der Pfarrer tut nicht mit.

Die Einführung der neuen Sommerzeit stößt, wie so manches Neue, auch auf Widerstand. Eine nette Geschichte wird darüber aus Raab in Oberösterreich erzählt. Am 30. April war in der Kirche verkündet worden, daß alle Vemter die neue Sommerzeit einführen. Der Pfarrer aber bemerkte, daß er es vorläufig noch mit der alten Zeit halte. Tatsächlich zeigte am 1. Mai die Kirchen-uhr in Raab noch die alte Zeit und der Uhrmacher durfte sie nicht vorstellen. Als nach dem Gottesdienste der Gemeindevorstand die Ministerialverordnung verlesen hatte, wurde er von den Bauern ausgelacht. In Raab soll sich übrigens der gleiche Vorgang ab-gespielt haben.

Einen recht empfindlichen Verlust hatte, wie der „Post“ mit-geteilt wird, die Pächterin eines Gutes bei Friedland in Mecklenburg, der in Kürze gegen 200 Schafe an Unerernäh-rung eingingen. Das Sterben hält noch an. Ein Teil der krepierenden Tiere konnte noch zur Schweinemast verwertet werden, während die Mehrzahl, weil vollständig abgemagert, nach der dem Dorfe nahe gelegenen Sandgrube geschafft worden, wo sie, leicht angeblüht, ihrer Verwesung entgegenstießen. Die Dorfbewohner fürchten wohl mit Recht, daß sie bei gutem Wind die Rufe noch voll kriegen werden.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Dienstag-mittag. Warm und vielfach heiter, aber veränderlich und besonders im Westen strichweise Schwitter.

CARDINAL

ZIGARETTEN
sind Qualitätsmarken

FOVEAUX

RAUCHTABAKE
überall erhältlich

Vom 13. bis 20. Mai 1916
werde ich in
Berlin, Hotel Prinz Heinrich, Dorotheenstr. 22
anwesend sein, um

künstliche Augen

direkt nach der Natur für meine Patienten anzu-fertigen und einzupassen.

F. Ad. Müller, Fabrikant künstl. Augen
aus Wiesbaden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Kollege, der Schlosser
August Heine
am 3. d. M. an Gasvergiftung
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mont-ag, den 8. Mai 1916, nachmittags
4^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des
nördlichen Friedhofes, Pöhlstraße,
Gde. Seestraße, aus statt.
Kege Beteiligung erwartet
die Ortsverwaltung.

Für Feldsoldaten!

Deutsch-Polnisch 15 Pf.
Deutsch-Französisch 15 Pf.

Durchhandlung Friedrichs.

Stoffe

für feine Damen-Kostüme,
Herren-Anzüge usw.

Mtr. 4., 6., 8., 10., 12.- M.

Tuch-Lager

Koch & Seeland G. m. b. H.,
Gertraudenstr. 20/21, gegenüber d.
Patrirkirche.

Haben Sie
Fußbeschwerden?

empfehle nach Maß passend
gearbeitete Stützelnagen sowie
Bruchbandagen aller Art,
Zellbinden, Stützsocken usw., Artikel
zur Gesundheits- u. Krankenpflege.

Pollmann, Gaudagist,
Berlin N, Lothringer Str. 60,
Lieferant für Krankenkassen.

Kopfplättchen

Kleiderläuse m. Brut, Flöhe, Wanzen, Vieh-Ungeziefer, vernichtet radikal
Goldgeist W. Z. 75198. Farb- und geruchlos. Beseitigt die Kopfhaut von
Schuppen und Schmutz, befördert das Haarwachstum, verhilft Krankheit
der Kopfhaut, Haaransatzfall u. Zuzug neuer Paraden. Verdrängt Typhus-
bakterien, desinfizierend und vorbeugend gegen Infektionskrankheiten.
Wichtig für Schulkinder. Tausende Anerkennungen. Nur in Karton-
packungen à 0,80 u. 1,20 M. Man achte beim Einkauf auf die Firma
der alleinigen Fabrik Radomacher & Co., Slogburg, und den Namen

Goldgeist!

Spezialarzt

f. Geschlechtskrankheiten,
Harnleiden, Schwäche,
Ehrlich-Mata-Kuren, Blut-
und Harn-Untersuchungen.

Dr. med. Karl Reinhardt. Institute:
Prinzenstr. 64 zwischen Dresden- und Annenstraße.
Sprechst. 5-7, Sonntags 10-11.
Potsdamer Str. 117 a. d. Lützowstr., Sprechst. 1/11-2
u. 1/2-1/10 U. abds., Sonnt. 11-1.

Aufklärende 48 Seiten starke Broschüre gratis und post-frei in verschlossenem Kuvert.